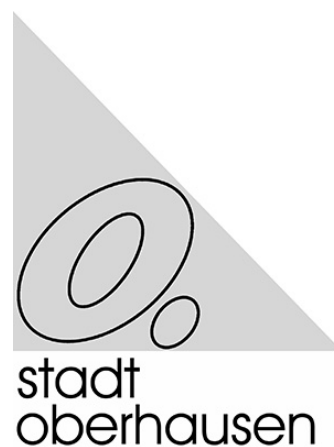




Ansprache von
Oberbürgermeister Daniel Schranz
zur Einbringung des städtischen Haushalts 2025
in der Sitzung des Rates der Stadt Oberhausen
am 23. September 2024

[Es gilt das gesprochene Wort.]

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
 liebe Kolleginnen und Kollegen,
 verehrte Gäste!

„Mit amerikanischer Schnelligkeit ist unsere Stadt aus Sandhügeln aufgewachsen. Von kargen Heidedörfern über die Industriegroßstadt hin zum Ziel des Städtetourismus hat sie einen mehrfachen, epochalen Wandel erlebt. Und dabei hat sie mit Middlesbrough Brücken der Verständigung geschlagen. Gestalten wir diesen Wandel und diese Brücken des Austausches erfolgreich weiter!“

Vielleicht hat es der eine oder die andere von Ihnen wiedererkannt, meine Damen und Herren: Das war der Schluss meiner Rede anlässlich unseres Festaktes zum Doppeljubiläum 150 Jahre Verleihung der Stadtrechte und 50 Jahre Städtepartnerschaft mit Middlesbrough. Viele von Ihnen waren vor knapp zwei Wochen im Innenhof unseres Schlosses dabei.

Heute soll es genau darum gehen: dass und wie wir den Wandel weiter gestalten, der unsere Stadt so ausmacht. Dass wir diese Aufgabe ernst nehmen und an vielen Stellen gleichzeitig angehen. Und dass wir – bei allen immer noch bestehenden Problemen – die Umbrüche gut meistern und den Wandel erfolgreich managen.

Dies zeigt sich im Entwurf unseres Haushaltes für 2025 ebenso wie an vielen Tagesordnungspunkten unserer heutigen Ratssitzung. Es zeigt sich aber auch bei der Entwicklung unserer Stadt darüber hinaus.

Sprechen wir vom Strukturwandel, meine Damen und Herren, denken mindestens einige Ältere zunächst einmal daran, was die Stadt alles verloren hat: Dass diese Stadt einmal Brücken für die ganze Welt gebaut hat, dass in den 1960er Jahren jede zehnte in Deutschland produzierte Tonne Eisen und Stahl aus Oberhausen kam, dass unsere Stadt mit dem Niedergang der Montanindustrie sage und schreibe 58.600 Arbeitsplätze verloren hat.

Mal ganz abgesehen von allem, was unsere Stadt im Gegenzug gewonnen hat – saubere Luft und Grün, aber auch Kultur und Entertainment –

Oberhausen ist noch ein Industriestandort und das wollen wir auch bleiben. Und deshalb sind wir dankbar für die ganz aktuelle Transformation auf dem Ruhrchemie-Werksgelände und freuen uns, dass Air Liquide mit Unterstützung des Bundes und des Landes in Oberhausen 45 Millionen Euro in eine Zukunftsindustrie investiert: die Herstellung von klimaneutral produziertem Wasserstoff.

Der Elektrolyseur mit dem klingenden Namen „Trailblazer“ will nicht nur Wegbereiter für die Technologie sein, sondern ist auch die zurzeit größte Anlage ihrer Art in Deutschland.

Der aktuell größte Elektrolyseur unseres Landes steht in Oberhausen; vor vier Wochen hat unser Ministerpräsident Hendrik Wüst die Anlage offiziell in Betrieb genommen.

Marktführer haben wir gern in unserer Stadt, liebe Kolleginnen und Kollegen: Erfreulich ist deshalb auch, dass Trane Technologies die Vergrößerung ihrer Deutschlandzentrale in unserer Stadt umgesetzt haben. Vor drei Monaten war die feierliche Eröffnung.

Bei dem Klimatechnik-Unternehmen geht es um die Gestaltung der Zukunft, es geht auch hier um Dekarbonisierung. Der neue 17-Millionen-Euro-Gebäudekomplex soll seinen Teil dazu beitragen: Am Eisenhammer 23a wird Klimaneutralität angestrebt.

Was für ein Wandel – gerade an dieser Adresse! „Zum Eisenhammer“ steht ja für den Eisenhammer Neu-Essen, den die Fürstäbtissin Kunigunde von Essen dort gegründet hat – 1791!

Für einen anderen Wandel steht kaum ein Unternehmen so sehr wie Picnic: für den Wandel in unserem Einkaufsverhalten. Abends auf dem Sofa oder auf der Heimfahrt im Zug kaufen die Kundinnen und Kunden im Online-Supermarkt ein, der Elektro-„Milchwagen“ bringt die Einkäufe zur gewünschten Zeit nach Hause. Für dieses Geschäftsmodell hat Picnic eines der modernsten E-Food-Lager Europas in Oberhausen gebaut, hat hier mehr als 150 Millionen Euro investiert.

Gerade ist das Unternehmen dabei, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu rekrutieren, um im kommenden Jahr den Vollbetrieb aufzunehmen. Auch auf dem Waldteichgelände wächst unsere wirtschaftliche Zukunft auf Oberhausens industrieller Vergangenheit: Dort lagerte lange Jahre die Nationale Kohlereserve.

Auf dem Waldteichgelände steht die Flächenentwicklung kurz vor dem Abschluss, auf dem Gelände des ehemaligen Werks II der GHH geht es weiter mit der Ansiedlung neuen Gewerbes: Die Investorengemeinschaft von Stadtparkasse und Plassmeier und Partners möchte ein grünes Gewerbegebiet mit Modellcharakter entwickeln – ein weiterer Schritt auf dem Weg des Strukturwandels, auf dem Weg zu Stadterneuerung und Jobzuwachs. In wenigen Tagen wird das Projekt zusammen mit einigen weiteren auf der Immobilienmesse Expo Real präsentiert.

Transformation, meine Damen und Herren, ist auch das Thema auf dem Gelände der ehemaligen Zeche Sterkrade. Einst Bergwerk, dann Ausbildungszentrum, schließlich Industriebranche: Nun haben die Eigentümer mit uns als Stadt eine – wie ich finde gelungene – Planungsperspektive für Wohnen und Arbeiten entwickelt. Hierzu läuft gerade ein vorgezogenes, umfangreiches Beteiligungsverfahren, um möglichst viele Interessen im Vorfeld berücksichtigen zu können.

Sehr bewusst habe ich bei der Diskussionsveranstaltung auf dem Zechengelände gesagt, dass es dabei nicht um ein „entweder – oder“ zwischen Bebauung oder Grün gehen sollte, sondern um ein „sowohl – als auch“. So kann rund um das denkmalgeschützte Fördergerüst der ehemaligen Zeche Sterkrade ein echtes Zukunftsquartier entstehen.

Das Industriedenkmal Gasometer ist, das muss ich Ihnen nicht erklären, liebe Kolleginnen und Kollegen, Oberhausens sprichwörtlich und sinnbildlich *größte* Landmarke, und es ist ja kein Zufall, dass er ein Leuchtturm des Strukturwandels ist: Vor 95 Jahren errichtet, um Gas zu speichern, gibt es nun schon seit 30 Jahren Großes zu sehen. Vor 14 Tagen haben wir dieses Jubiläum gefeiert. Europas höchste Ausstellungshalle hat in dieser Zeit mehr als *zehn Millionen Besucherinnen und Besucher* in Oberhausens Neue Mitte gelockt, die aktuelle Ausstellung ist die bisher erfolgreichste. Was für eine Erfolgsgeschichte des Wandels!

Der Gasometer ist damit einer der Besuchermagneten im Urban Entertainment Center Neue Mitte Oberhausen – auf der ehemaligen Industriebrache von GHH, dann HOAG und zuletzt Thyssen Niederrhein. Strukturwandel, der Arbeit für die einen schafft, weil er den anderen Vergnügen bereitet – vom Westfield Centro über die Rudolf-Weber-Arena bis hin zum ersten Topgolf-Standort in Kontinental-Europa.

Alle diese Unternehmen machen Oberhausen attraktiv für Besucherinnen und Besucher, sie alle haben beigetragen zur Rekordzahl von mehr als 600.000 Übernachtungen im vergangenen Jahr. Eine starke, eine Hoffnung machende Zahl, nachdem die Corona-Krise die Hotellerie so heftig getroffen hat. Und wir freuen uns auf die die Statistik für das laufende Jahr, nachdem Fußball-Europameisterschaft und Pop-Superstar Taylor Swift zusätzliche Gäste auch nach Oberhausen gebracht haben.

Das, meine Damen und Herren, wird ab November auch das Metronom Theater wieder tun: Dass Semmel Concerts das Musical-Theater wiederbelebt, dass das Unternehmen in Oberhausen Millionen investiert, zeigt das Vertrauen der Unterhaltungsexperten in den Entertainment-Standort Neue Mitte Oberhausen! Und wie gerechtfertigt es ist, sieht man an den Ticketverkäufen: 100.000 Menschen haben bereits Geld dafür ausgegeben, demnächst wieder Musical in Oberhausen zu sehen. (Und nur nebenbei: Bei der Pressekonferenz am vergangenen Mittwoch hatte der Kollege Flore auf der Musicalbühne den Auftritt seines Lebens.)

Im kommenden Jahr sollen schließlich auch die Bauarbeiten für eine neue Attraktion in der Neuen Mitte starten: „Karls Erlebnisdorf“ wird das Angebot für Familien mit kleineren Kindern erweitern – ein zusätzliches Ausflugsziel, mit dem nicht nur Menschen in unsere Stadt gelockt, sondern auch Arbeitsplätze gesichert und neu geschaffen werden.

Ansiedlungen fördern, den Unternehmensbestand pflegen, Flächenentwicklung ermöglichen, Attraktivität steigern: All das, meine sehr geehrten Damen und Herren, gehört zu unserer Arbeit für den Strukturwandel. Wie erfolgreich sie ist, zeigt die Entwicklung der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Jobs in unserer Stadt: In den vergangenen zehn Jahren sind in Oberhausen 9.300 zusätzliche Arbeitsplätze entstanden, wir liegen jetzt bei fast 72.000 – so viele wie seit Beginn der 1980er Jahre nicht mehr!

Auch wenn wir längst nicht zufrieden sein können, wenn wir nach einem höheren Durchschnittseinkommen in unserer Stadt streben und weiter daran arbeiten müssen, die Sockelarbeitslosigkeit abzutragen, ist dieses Job-Hoch ein wichtiger Meilenstein – es ist ein Wandel zum Besseren.

Das heißt selbstverständlich nicht, dass wir uns zurücklehnen können. Das zeigt unter anderem der Blick auf die nach wie vor zu hohen und krisenanfälligen Arbeitslosenzahlen. Die wirtschaftliche Lage in unserem Land, das muss ich Ihnen nicht erklären, ist angespannt.

Und die Chefin der Bundesagentur für Arbeit, Andrea Nahles, hat gerade erst erklärt, dass es im Moment für arbeitslose Menschen etwa so schwer ist, einen Job zu finden, wie in der Corona-Pandemie.

Daher brauchen wir, meine Damen und Herren, so schnell wie möglich eine Wirtschaftspolitik des Bundes, die Unternehmen nicht weiter verunsichert, sondern stärkt, eine Wirtschaftspolitik, die Investitionen ermöglicht und befördert, damit eben auch der Arbeitsmarkt wieder stärker anspringt.

Beide Entwicklungen, den Zuwachs an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung wie die nach wie vor zu hohe Arbeitslosigkeit, sieht man auch in unserem städtischen Haushalt.

Erfreulich sind die Erträge bei den Gewerbesteuern. Nach dem Rekord-Ertrag von mehr als 150 Millionen Euro im vergangenen Jahr rechnet der Kämmerer für das laufende und das kommende Jahr mit ähnlichen Beträgen. Die Richtung ist die richtige – dass wir gerne noch weiter nach oben wollen, steht außer Frage.

Leider sieht man die Auswirkungen der zahlreichen Krisen der vergangenen Jahre aber eben auch – beim Blick auf die völlig unbefriedigende Entwicklung der sozialen Transferaufwendungen.

Dass wir Menschen in Arbeit und aus dem Leistungsbezug herausbringen müssen, ist zunächst einmal mit Blick auf die Menschen selbst wichtig. Es ist aber eben auch eine der Stellschrauben für unseren Haushalt.

Zusammen genommen mit der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und den generellen Kostensteigerungen konterkariert diese Entwicklung in finanzieller Hinsicht die riesigen Fortschritte, die wir beim Strukturwandel gemacht haben.

Nach sieben Jahren mit einem ausgeglichenen Haushalt werden wir – wie in diesem Jahr – auch für 2025 keinen ausgeglichenen Haushalt verabschieden können. Der Kämmerer wird Ihnen gleich detailliert den Stand der Planungen darlegen.

Mit unseren Finanzproblemen sind wir dabei alles andere als allein: Aktuell gelingt es 95 Prozent aller Kommunen in Nordrhein-Westfalen nicht, einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen, darunter auch vielen Kommunen, die deutlich finanzstärker sind als wir.

Das zeigt, meine Damen und Herren, dass viele der Aufgaben, die Bund und Land den Städten und Gemeinden übertragen, nicht auskömmlich finanziert sind. Eine grundlegende Voraussetzung für eine finanziell gesunde Zukunft für Oberhausen ist, das zu ändern.

Eine weitere grundlegende Voraussetzung – gerade für uns – ist eine Lösung der Altschuldenproblematik. An den steigenden Zinsaufwendungen kann man sehen, wie diese uns wie ein Mühlstein um unseren Hals hängen.

Deshalb ist es gut, dass das Land einen Vorschlag gemacht hat, um besonders belasteten Kommunen die Lasten der Vergangenheit zu erleichtern. Jetzt ist es am Bund, zu reagieren – und sich so genau wie wir daran zu erinnern, dass mit der Kohle und dem Stahl aus dem Ruhrgebiet Deutschland nach dem Zweiten Krieg wiederaufgebaut wurde und das deutsche Wirtschaftswunder erst ermöglicht wurde. Und das auch in den Bundesländern, die heute nicht mit den Folgen des Strukturwandels zu kämpfen haben, die weniger Soziallasten schultern müssen.

Deshalb sagen wir das immer wieder klar und deutlich, nicht nur Richtung Düsseldorf und Berlin, sondern auch Richtung Stuttgart und München: Wir brauchen eine Lösung der Altschuldenfrage, und wir haben sie auch verdient, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir arbeiten aber auch darüber hinaus daran, handlungsfähig zu bleiben, indem wir die Einnahmen steigern und immer mehr Finanzquellen erschließen, und das vorrangig ohne die Bürgerinnen und Bürger weiter zu belasten.

Einnahmen entstehen durch die Stärkung unseres Wirtschaftsstandorts und Arbeitsplätze, aber eben auch durch die Akquise von Fördermitteln. Wie wichtig das ist, und wie erfolgreich wir dabei sind, zeigen die Zahlen: In den vergangenen zehn Jahren hat die Stadt Oberhausen fast eine Viertelmilliarde Euro – tatsächlich mehr als 226 Millionen – an Fördergeldern beantragt und bewilligt bekommen!

Das Einwerben von Fördermitteln ist eine zentrale Grundlage dafür, dass wir unsere Stadtteilzentren, unsere Kitas und Schulen, unsere digitale Infrastruktur und nicht zuletzt Straßen, Rad- und Fußwege neugestalten, modernisieren und ausbauen.

Zusammen mit unseren Eigenanteilen und unseren eigenen, ungefördernden Projekten haben die Akquise und die Bewilligung dieser Fördermittel einen absoluten Richtungswechsel bei

unseren Investitionen möglich gemacht. Diesen Richtungswechsel haben wir in den vergangenen Jahren mit Verve vollzogen: Für das kommende Jahr planen wir, mehr als 140 Millionen Euro in die Oberhausener Infrastruktur zu investieren.

Dass wir am Ende des Jahres nicht alles ausgegeben haben werden, liegt am System. Das soll uns nicht daran hindern, uns viel vorzunehmen und groß zu denken. Denn genau das führt ja immer wieder zum Erfolg.

Nicht zu übersehen ist dieser Erfolg in Osterfeld, liebe Kolleginnen und Kollegen: Viele von Ihnen haben im Sommer mit Richtfest gefeiert an dem Gebäudekomplex, der an der Gesamtschule Osterfeld mächtig aufgewachsen ist und die Stadtteilstruktur stärken wird. Unsere Investition von rund 19 Millionen Euro in den Neubau einer modernen Stadtteilbibliothek, eines Jugendzentrums und einer Aula, die die GSO und die Osterfelder City als neuer Veranstaltungssaal bereichert, werden wir im kommenden Jahr der Öffentlichkeit übergeben.

Etwas mehr Geduld brauchen wir noch – und ich weiß, das fällt schwer, meine sehr geehrten Damen und Herren – bei der Neugestaltung der Marktstraße. Dennoch konnten wir gerade einen Meilenstein feiern: die Zusage von 2,2 Millionen Euro Städtebauförderung für die Umgestaltung der Marktstraße. Sie bedeutet einen entscheidenden Schritt weiter für den Brückenschlag, denn damit fließt die erste Tranche für den Umbau des Zentrums von Alt-Oberhausen. Und bereits jetzt steht fest, dass bis zur Fertigstellung aller notwendigen Maßnahmen weitere Fördermittel in Aussicht stehen.

Ein Ergebnis unserer Bemühungen, die Alt-Oberhausener City und speziell die Marktstraße zu stärken, wird in den nächsten Wochen fertig werden. Schräg gegenüber vom Hotel im ehemaligen Kaufhof-Gebäude und direkt neben der gemeinsamen Anlaufstelle von Polizei und Kommunalem Ordnungsdienst wird der Umbau eines ehemaligen Geschäftshauses zum Zentrum für schulpraktische Lehrerbildung fertiggestellt, die Kollegin Stehr ist schon eingezogen: eines der Beispiele für erfolgreichen, belebenden Wandel in der Alt-Oberhausener City.

Und auch die Sterkrader City wird sich verändern, meine Damen und Herren: Morgen wird Umweltminister Krischer persönlich uns den nächsten Förderbescheid überreichen.

Insgesamt werden wir gemeinsam mit der Emschergenossenschaft rund 20 Millionen Euro an unserer Bahnhofstraße investieren, das bisher größte Projekt der „Klimaresilienten Region mit internationaler Strahlkraft“. Die Sterkrader Innenstadt wird zum „Klima.Quartier“ werden mit mehr Bäumen, offenem Wasserlauf, grünen Fassaden und nicht zuletzt einem neu gestalteten Arnold-Rademacher-Platz.

Doch damit noch nicht genug an Fördermitteln für Sterkrade: Fast 11 Millionen Euro bekommt Oberhausen aus dem „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“ für ein ganz besonderes Projekt. Mit unserem Konzept zur Umgestaltung des denkmalgeschützten alten

Sterkrader Rathauses zu einem neuen Heim für unsere Musikschule haben wir die Fördermittelgeber überzeugt. Die große Unterstützung gibt uns die Möglichkeit, Historisches zu bewahren und für Bildung, für die Zukunft zu nutzen: Veränderung, die den Stadtteil Sterkrade noch stärker und gleichzeitig ein Angebot für alle Oberhausenerinnen und Oberhausener macht!

Ganz ähnliches tun wir auch in Oberhausens ältestem selbstständigem Stadtteil, mit der ehemaligen Synagoge Holten. Fachleute attestieren den Funden der Bauhistoriker in dem ehemaligen jüdischen Gotteshaus „bundesweit großen Seltenheitswert“, und es ist Teil des Integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes „Perspektive Holten“, über das Sie gleich abstimmen werden.

Dieser historische Schatz bringt große Verantwortung und große Chancen mit sich, und wir werden das von Ihnen beschlossene, spannende Konzept für Gestaltung und Nutzung ab dem kommenden Jahr umsetzen.

Nicht weit entfernt davon wird es weniger um Bildung als um Erholung gehen, um die Verschönerung des öffentlichen Raums, ebenfalls eine Facette der „Perspektive Holten“: Gemeinsam mit der Emschergenossenschaft wollen wir die saubere Emscher für die Bürgerinnen und Bürger besser erlebbar machen. Was für ein Wandel, meine Damen und Herren: vom offenen Abwasserkanal zur „Promenade Emscherstrand“!

Dass niemand das Wort „Strand“ in dem Zusammenhang falsch versteht: In der Emscher zu schwimmen, wird bis auf weiteres nicht möglich sein, dazu muss man weiter zum Beispiel ins Hallenbad Sterkrade, das wir 2025 wiedereröffnen können. Ja, die Sanierung ist deutlich teurer geworden als zunächst angenommen. Und trotzdem war und ist sie die richtige Entscheidung, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein neues Hallenbad wäre mit den extremen Baupreis-Steigerungen ungleich teurer geworden – und an diesem historischen Standort wohl auch nicht mehr umzusetzen gewesen. So werden wir im kommenden Jahr das historische Bad, in dem schon Film-Ikone Romy Schneider schwamm, wiedereröffnen können.

Wenn Sie, meine Damen und Herren, den entsprechenden Beschluss gleich fassen, werden wir zudem die Sanierung des Solebades im Revierpark Vonderort angehen können. Unsere Kolleginnen und Kollegen in Bottrop haben sich bereits dafür ausgesprochen. Wir werden nach derzeitigem Planungsstand rund 4,4 Millionen Euro der insgesamt veranschlagten 18,5 Millionen Euro übernehmen müssen: Dafür bekommen wir aber mit dem sanierten Solebad einen Ort für Gesundheit und Wellness in unserer Stadt, der Menschen nach Osterfeld ziehen wird.

Die Sanierung abgeschlossen haben wir bei den sieben Lehrschwimmbecken an Oberhausener Schulen. Ein weiterer großer Erfolg, den Fördermittel in Höhe von mehr als 8 Millionen Euro erst möglich gemacht haben. Die Investition lohnt sich dreifach: Durch dieses innovative Sanierungsprojekt haben wir sieben Schwimmbecken in unserer Stadt sichern können, die zum größten Teil in den 1960er Jahren gebaut wurden und in denen Kinder, Jugendliche und Erwachsene schwimmen lernen und sich fit halten. Wir sparen zudem rund acht Prozent des gesamten städtischen Energieverbrauchs ein – und damit nicht nur beträchtliche Kosten, wir verringern auch ganz massiv den CO₂-Ausstoß: ein gelungener, erfolgreicher Wandel!

Wenn wir über die Investitionen der Stadt sprechen, meine Damen und Herren, dann sprechen wir besonders über die Investitionen in unsere Bildungslandschaft: Sie machen den größten Teil unseres Investitionsvolumens aus. Und jeder einzelne Euro davon ist wichtig – über wenig sind sich alle in diesem Rat so einig wie darüber. In den vergangenen vier Jahren haben wir insgesamt fast 150 Millionen Euro in unsere Schulen und Kindertageseinrichtungen investiert, laut Prognose werden wir im laufenden Jahr mehr als 50 Millionen Euro in Schulen und Kitas verbauen, für 2025 haben wir mehr als 60 Millionen geplant: Das wäre eine Viertelmilliarde Euro alleine seit 2020. Ich finde, darauf kann eine Stadt wie Oberhausen stolz sein, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Das größte Projekt für die kommenden Jahre wird dabei die neue Gesamtschule an der Knappenstraße sein: Sie ist die erste neugegründete Schule seit 27 Jahren, und es wird der erste Schulneubau nach einem halben Jahrhundert sein. Vor fünf Wochen ist die Gesamtschule an der Knappenstraße an der Wehrstraße gestartet, im ehemaligen Niederrheinkolleg, und dort wird sie bleiben, bis der Neubau fertig ist. Mit dem Kauf und der Umnutzung des NRK haben wir aus der Not eine Tugend gemacht: für die dringend benötigten Schulplätze ebenso wie für den gelungenen Wandel in dem traditionsreichen Gebäudeensemble.

Ein weiteres Beispiel für unsere Bildungsinvestitionen ist der Neubau, mit dem das Sophie-Scholl-Gymnasium erweitert wird: Mit einer Investition von 16 Millionen Euro sollen Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer genug Platz für gutes Lernen und Lehren bekommen. Und sie werden einen „Rooftop“-Pausenhof bekommen – an Coolness kaum zu überbieten: So werden wir dem Platzbedarf der Schule auf kreative Weise gerecht.

So viele schöne und erfolgreiche Geschichten es von unseren Schulen zu erzählen gibt – die Einbruchsserie gehört nicht dazu. Leider ist die Zahl der Einbrüche in Schulen stark angestiegen. Hier darf es keine falsche Toleranz geben und deshalb gehen wir das Problem auf mehreren Ebenen an.

Am sichtbarsten sind die Kameras, mit denen wir jetzt – selbstverständlich nach Abstimmung mit den Expertinnen und Experten für Datenschutz und Recht – nach Ende des Schulbetriebs die Grundstücke und Gebäude an ausgewählten Standorten überwachen. Denn wir wollen uns nicht unsere Investitionen in gute Schulen von Vandalen zerstören lassen, und wir

wollen vor allem nicht, dass diese Straftäter unter den Schülerinnen und Schülern und den Lehrkräften ein Gefühl der Unsicherheit verbreiten, meine Damen und Herren!

Um mehr Sicherheit geht es auch bei unseren Anstrengungen beim Deichschutz. Auch wenn die Ruhr zurzeit gemächlich in ihrem Flussbett fließt – das Hochwasser an Weihnachten 2023 ist nicht vergessen. Dass nochmals mehrere Hundert Hilfskräfte den Alstadener Ruhrdeich nach Dauerregen, aufgeweichten Böden und einer durch Kühe beschädigten Grasnarbe sichern müssen, wollen wir vermeiden. Deshalb ist die Grasnarbe wiederhergestellt, wurden die Bäume im Schutzbereich des Deiches gefällt, deren Wurzeln ausgegraben und verfüllt.

Gerade läuft der Bau des „Deichverteidigungszaunes“, der den Deich vor erneuter Beschädigung durch die Mülheimer Kühe schützen soll. Als nächstes folgt der Bau des Deichverteidigungsweges: die Pläne sind fertig; bei der Deichschau Anfang September haben wir uns mit der Bezirksregierung verständigt, das Antrags- und Genehmigungsverfahren soweit wie möglich zu beschleunigen, damit der Bau des Weges in diesem Jahr beginnen kann.

Für mehr Sicherheit in Alstaden und im gesamten Süden unseres Stadtgebietes werden zudem schon bald die Einsatzkräfte der Rettungswache Süd sorgen: In das Gebäude am Rehmer haben wir mit viel Technik eine Millionensumme investiert, damit die Menschen im Notfall schneller Hilfe bekommen.

Last, not least, liebe Kolleginnen und Kollegen, gehört zum Wandel die größte Transformation seit Erfindung des Buchdrucks: die Digitalisierung. Auch hier kommen wir voran! Zum Jahreswechsel werden wir eines der größten Digitalprojekte der vergangenen Jahre beenden, eines, das die drei Motive Investitionen, Bildung und Fördermittel auf exemplarische Weise verbindet. Denn nach Investitionen in Höhe von rund 25 Millionen Euro – in sehr großen Teilen durch gute Vorbereitung und schnelle Reaktion aus verschiedenen Förderprogrammen akquiriert – wird dann jede einzelne Schule in Oberhausen mit Glasfaseranschluss und jeder einzelne Klassenraum mit WLAN ausgestattet sein.

Dazu stellen wir den Schülerinnen und Schülern mehr als 17.000 Tablets und Laptops zur Verfügung. Und in den Grundschulen lernen die Kinder in jeder Klasse mit digitalen Tafeln – der Overhead-Projektor steht jetzt im Schulmuseum.

Viele andere Kommunen sind längst nicht so weit, und für diesen großen, in der Pandemie begonnenen Kraftakt durch unsere Kolleginnen und Kollegen der städtischen IT (und alle anderen Beteiligten) sind wir sehr, sehr dankbar!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Wandel, das Umgehen mit Umbrüchen und das Gestalten der Veränderungen ziehen sich wie ein roter Faden durch die Geschichte unserer Stadt.

Unsere Stadt definiert sich heute dabei nicht vorrangig durch das, was wir nicht mehr sind, was wir alles verloren haben.

Unsere Stadt hat vielmehr einen überaus erfolgreichen Strukturwandel hinter sich.

Es ist unsere Aufgabe, diesen Wandel weiter erfolgreich zu gestalten.

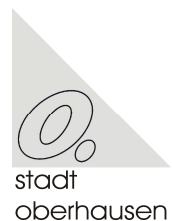
Und auch wenn ganz sicher nicht alles rosig ist in unserer Stadt, dürfen wir feststellen, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Wir haben kreative Ideen, wir setzen viele davon um, wir akquirieren Fördermittel für Leuchtturm-Projekte, wir gestalten unsere Stadt, wir gestalten den Wandel gemeinsam erfolgreich!

Glückauf!

Trotz Finanzkrise - Zukunft gestalten

- Rede des Stadtkämmerers zur Einbringung des Haushaltsentwurfs 2025 -

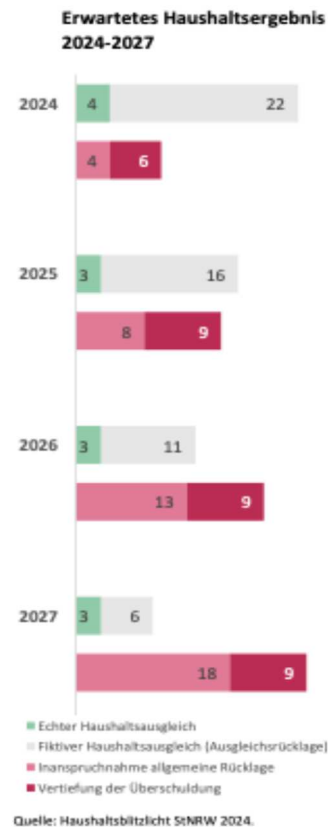
Apostolos Tsalastras, Stadtkämmerer
Dezernat 1
Finanzen und Kultur
23. September 2024



1. Ausgangslage

Die im letzten Jahr deutlich gewordene Krise der kommunalen Haushalte hat sich mittlerweile verfestigt. Getrieben von der Inflation in 2023 haben sich Löhne und Preise massiv erhöht und belasten im Wesentlichen die kommunalen Haushalte. Hinzu kommen durch die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse Einbrüche bei den Steuererträgen aller öffentlichen Haushalte, in Bund, Länder und Kommunen.

Diese, auch von den Medien bereits aufgegriffene Entwicklung, wird sehr schön durch das Haushaltsblitzlicht des Städtetages NRW verdeutlicht, an dem sich im Mai diesen Jahres 36 Städte beteiligt haben. Im Jahr 2024 haben 26 Städte angegeben, dass sie einen Haushaltsausgleich hinbekommen, zumindest mit Inanspruchnahme ihrer Ausgleichsrücklage. Nur 10 Städte gaben an, dass sie einen Haushaltsausgleich verfehlen werden und ihre allgemeine Rücklage aufbrauchen müssen bzw., ihre Überschuldung vertiefen werden – eine davon ist Oberhausen. Schon im nächsten Jahr 2025 sind es nur noch 19 Städte die einen Haushaltsausgleich hinbekommen und 17 nicht und für 2027 rechnen nur noch 9 Städte damit, dass sie den Haushaltsausgleich schaffen. 27 Städte gehen davon aus, dass ihnen das nicht mehr gelingt, weil die Ausgleichsrücklage aufgebraucht sein wird und die allgemeine Rücklage in Anspruch genommen werden muss, dabei werden immerhin 9 Städte überschuldet sein.

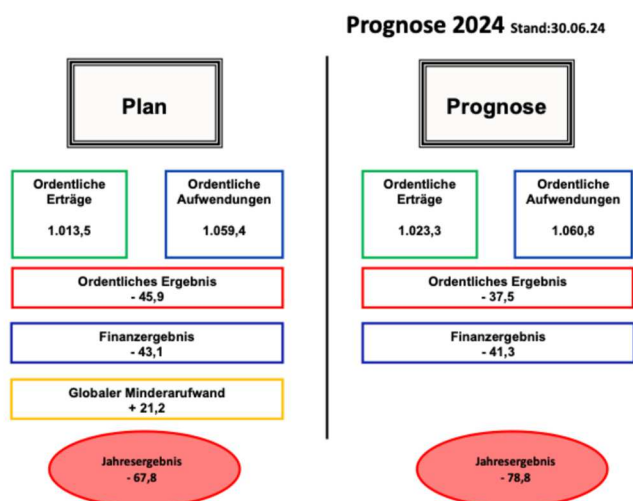


Brandbriefe von Bürgermeister*innen, Problemanzeigen des Städtetages und des Städte- und Gemeindebundes sowie die massiven Warnungen des Aktionsbündnisses „Für die Würde unserer Städte“ konnten die Landesregierung nicht dazu bewegen, auch nur ansatzweise den Kommunen mehr finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Mit dem Hinweis auf die eigene schwierige finanzielle Lage wurden lediglich Änderungen in der Gemeindeordnung beschlossen, die die Handlungsfähigkeit der Kommunen verbessern sollen, ihre Verschuldung aber noch weiter verschärfen werden.



Wie sieht es konkret in Oberhausen aus? Wir haben letztes Jahr einen Haushalt verabschiedet, mit einem Defizit von 67,8 Mio. €. Und wir haben ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) vorgelegt, das mittelfristig ein jährliches Konsolidierungsvolumen von ca. 35 Mio. € ausweist. Damit konnte erreicht werden, dass bereits im Jahr 2030 der Haushaltsausgleich gelingen

kann. Einschränkend muss man natürlich ergänzen, dass dies nur, mit der in der Gemeindeordnung NRW (GO) neu geschaffenen Möglichkeit eines globalen Minderaufwands von 2%, erreicht werden kann. Das bedeutet, dass im Ergebnis des Haushalts jedes Jahr pauschal 2% des Aufwands abgezogen werden und damit in Oberhausen eine Verbesserung des Haushaltsergebnisses von ca. 20 Mio. € entsteht.



Ergebnisplanung 2022-2033, 2022 u. 2023 Rechnungsergebnisse, 2024-2033 Planzahlen, Bereich 1-1, August 2024

Die letzten Prognosen für das Jahr 2024 zeigen, dass voraussichtlich ein Jahresdefizit von 78,8 Mio. € erreicht werden wird. Schaut man sich die Prognose an, so stellt man fest, dass sich das ordentliche Ergebnis um 8,4 Mio. € und das Finanzergebnis um 1,8 Mio. € verbessern. Dies reicht aber nicht aus, um den globalen Minderaufwand aus dem Haushaltsplan 2024 zu erreichen, so dass sich das Defizit in 2024 um 11 Mio. € erhöhen wird.

Damit weicht das Ergebnis im Verhältnis zum Haushaltsvolumen um ca. 1% ab, was durchaus hinnehmbar erscheint.

2. Haushalt 2025

Auf dieser Grundlage wurden die Haushaltsanmeldungen für das Jahr 2025 von den einzelnen Dezernaten gemacht und von der Kämmererei aufgenommen. In der mittelfristigen Finanzplanung hatte das HSK für das Jahr 2025 ein Jahresergebnis vorgesehen in Höhe von -51 Mio. €.

Nach der Anmeldung aller Mittel durch die Fachverwaltung war das geplante Defizit auf 112 Mio. € angewachsen, was den Zielen des HSK massiv widersprechen würde. Noch dramatischer wären die Auswirkungen auf mittel- bis langfristige Sicht. Der anvisierte Haushaltsausgleich für das Jahr 2030 wäre nicht mehr erreichbar.

Im Gegenteil bei Umsetzung der vorliegenden Planung hätte der Haushaltsausgleich nicht mehr im gesetzlich vorgegeben 10jährigen Zeitraum erfolgen können.

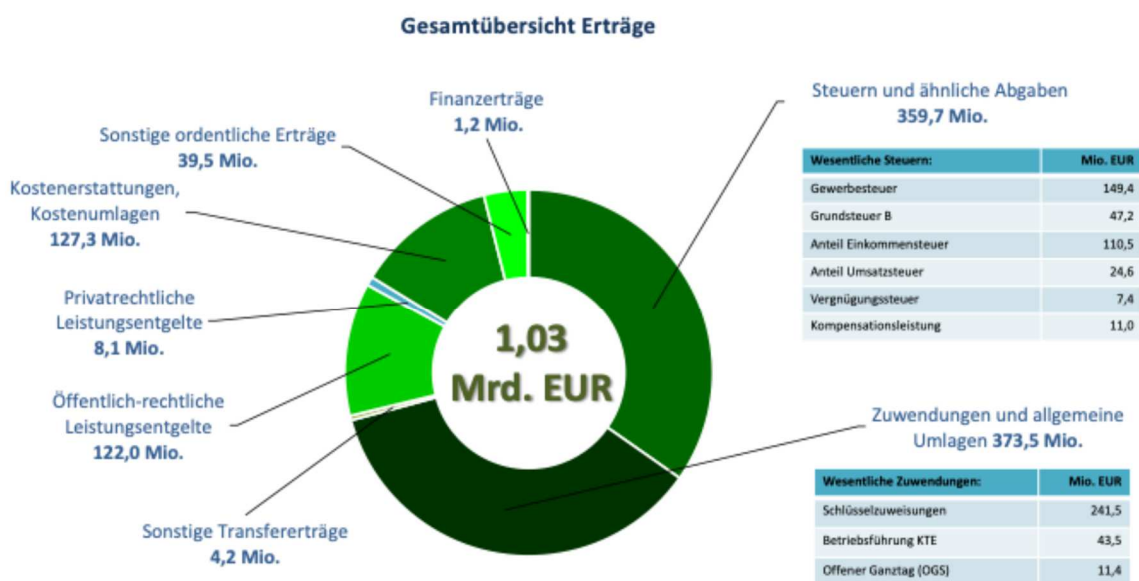


Ergebnisplanung 2022-2033, 2022 u. 2023 Rechnungsergebnisse, 2024-2033 Planzahlen auf Grundlage der Haushaltsanmeldungen, Bereich 1-1, August 2024

Damit wären das HSK und der Haushalt 2025 nicht mehr genehmigungsfähig gewesen und die vorläufige Haushaltsführung (Nothaushalt) hätte gedroht.

Deshalb wurden vor der heutigen Einbringung des Haushalts mit allen Dezernaten intensive Haushaltsgespräche geführt, um alle Anmeldungen zu überprüfen und Veränderungen vorzunehmen, die einen genehmigungsfähigen Haushalt ermöglichen würden. Dabei ist es gelungen das Haushaltsergebnis um ca. 27 Mio. € zu verbessern. Wie sieht der Haushalt 2025 jetzt aus?

2.1. Erträge



Übersicht über die Erträge im Haushalt 2025, Bereich 1-1, 08.2024

Im vorliegenden Haushaltsentwurf steigen die Erträge um 20 Mio. € im Verhältnis zur Vorjahresplanung auf 1,03 Mrd. € an. Bei den Steuererträgen wird, bis auf die konstante Grundsteuer, ein kontinuierlicher Anstieg erwartet, der sich unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten an den Orientierungsdaten des Landes ausrichtet.



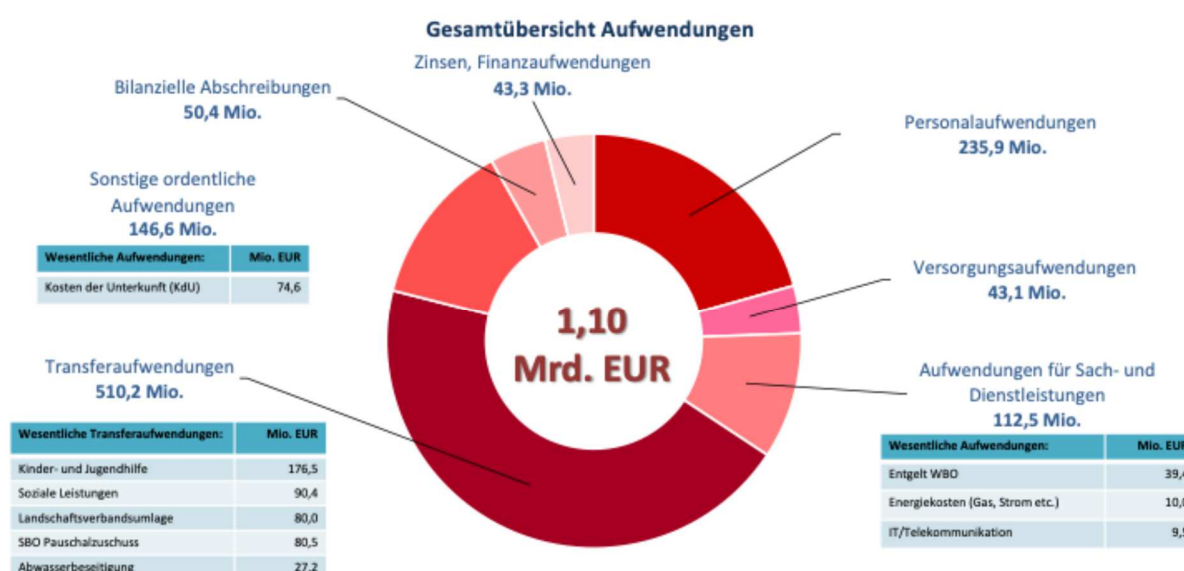
Erträge 2013-2028, 2013 - 2023 Rechnungsergebnisse, 2024-2028 Planzahlen, Bereich 1-1, August 2024

Problematisch entwickeln sich für 2025 die Schlüsselzuweisungen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG), die um 20 Mio. € unterhalb der mittelfristigen Planung liegen. Ursache dafür ist vermutlich die zurückgehende Steuerkraft einzelner Kommunen, die von Branchen abhängig

sind, die aufgrund der steigenden Energiepreise und der zurückgehenden Nachfrage erhebliche Gewinneinbrüche verzeichnen mussten. Hinzu kommt die Reduzierung des Soziallastenansatzes, die besonders Kommunen mit hohen Sozialausgaben belastet. Diese aktuelle Entwicklung reduziert unser Volumen im GFG zusätzlich zu den strukturellen vom Landesgesetzgeber beschlossenen Änderungen. Durch die Benachteiligung bei der Steuerkraftermittlung, gegen die die Kommunen im Städtetag vor dem Verfassungsgericht klagen, die Aufwandspauschale und anderer Änderungen verlieren wir im GFG nahezu 10 Mio. € strukturell. Mittelfristig gehen wir davon aus, dass die Steuerkraftschwankungen sich wieder ausgleichen und Oberhausen wieder einen ähnlichen Anteil an der Verfügungsmasse im GFG bekommt wie in der Vergangenheit.

2.2. Aufwand

Wie in den meisten Kommunen übertrifft der Anstieg des Aufwandes erheblich die geringen Steigungen beim Ertrag. Wir erwarten für 2025 Aufwendungen in Höhe von 1,1 Mrd. €

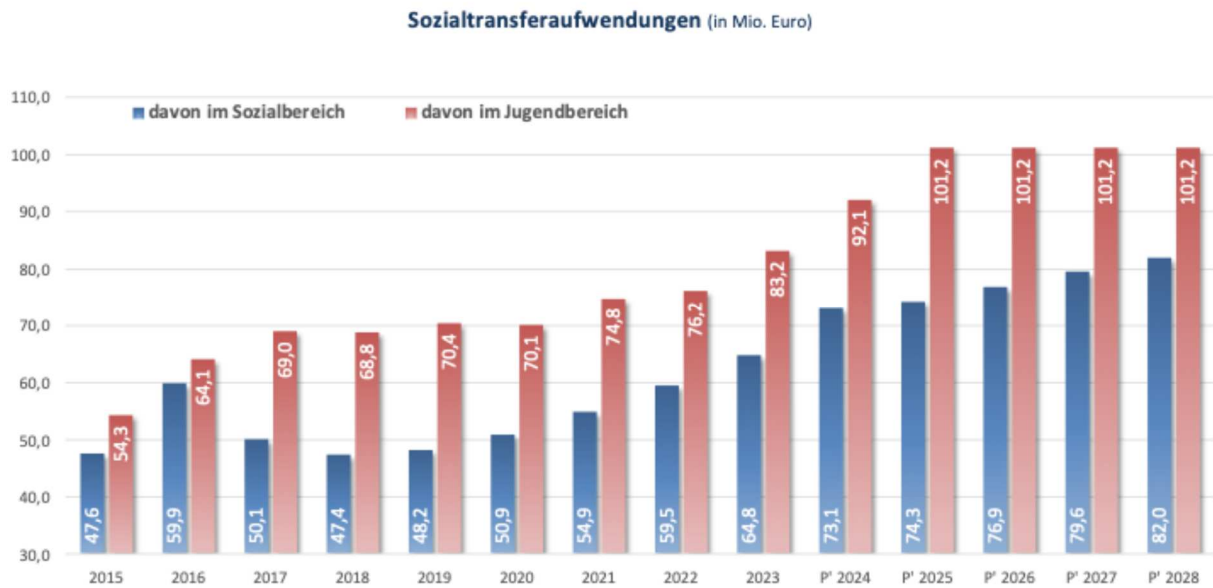


Übersicht über die Aufwendungen im Haushalt 2025, Bereich 1-1, August 2024

Besonders problematisch für den Haushalt ist der Anstieg bei Personal, Zinsen, Soziales und Jugend. Die Personalkosten haben sich aufgrund der hohen Tarifsteigerungen in 2 Jahren um 16% auf insgesamt 235,9 Mio. € erhöht. Die Zinsentwicklung ist besonders dramatisch. Seit 2023, wo wir im Jahresergebnis eine Zinsbelastung von 31,9 Mio. € hatten, steigen die Zinsen um 36% auf 43,3 Mio. € an.

Ebenfalls problematisch sind die steigenden Sozialtransferkosten. Insbesondere in der Jugendhilfe steigen die Kosten immens. In den letzten 2 Jahren hatten wir einen Anstieg von 22%.

Wenn man den Aufwand der Produktbereiche 05 „Soziale Leistungen“, 06 „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“ und die Umlage für den Landschaftsverband Rheinland (LVR)



Sozialtransferaufwendungen 2015-2028, 2015 - 2023 Rechnungsergebnisse, 2024-2028 Planzahlen, Bereich 1-1, August 2024

nimmt, die größtenteils in die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung geht, dann macht das mit 524,5 Mio. € nahezu die Hälfte des städtischen Haushalts aus. Rechnet man die dazugehörigen Erstattungen ab, so benötigen wir nahezu unsere ganzen Steuererträge, um diese Aufgaben zu finanzieren.

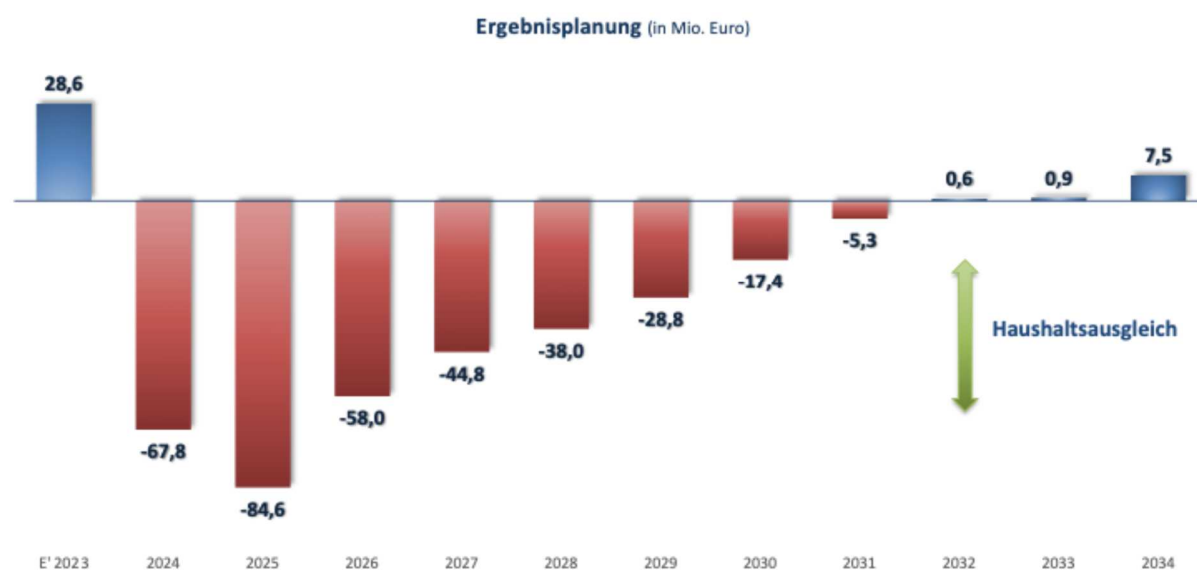
2.3. Haushaltssicherungskonzept (HSK)

Das im letzten Jahr aufgestellte HSK kann in fast allen Maßnahmen umgesetzt werden und entfaltet auch mittelfristig die vorgesehene Wirkung. Bei der Maßnahme 11 zur Erhöhung von Erträgen und Reduzierung der Kosten für die Jugendhilfe hat sich herausgestellt, dass die Maßnahme in 2024 noch nicht umgesetzt werden konnte. Die Mitarbeiter*innen in der wirtschaftlichen Jugendhilfe konnten erst zur zweiten Jahreshälfte eingestellt werden und die Organisationsuntersuchung startet erst jetzt, so dass für dieses Jahr noch keine Effekte erzielt werden konnten. Jetzt bei der Haushaltseinbringung haben wir die Ergebnisverbesserung durch die Maßnahme erstmal auf Null gesetzt. Im Laufe der Haushaltsberatungen werden wir geplanten Effekte um ein Jahr schieben, weil wir nach wie vor überzeugt sind, dass hier Verbesserungseffekte für den Haushalt demnächst erzielt werden können.

Zeitlich geschoben wurden auch einige Steuermaßnahmen. So werden wir die Wirkungen der Grundsteuerreform abwarten, bevor über eine mögliche Einführung der Grundsteuer C in Frage kommt und auch die Verpackungssteuer ist noch nicht rechtlich und organisatorisch ausreichend sicher umsetzbar.

2.4. Ergebnis 2025

Bei Einbeziehung aller Erträge und Aufwendungen und der Umsetzung des HSK erwarten wir für den Haushalt 2025 ein Defizit von 85 Mio. €. Das sind 34 Mio. € mehr als ursprünglich geplant.



Ergebnisplanung 2023-2034, 2023 Rechnungsergebnis, 2024-2034 Planzahlen auf Grundlage der Haushaltsanmeldungen, Bereich 1-1, August 2024

Führt man die Ergebnisplanung über den mittelfristigen Zeitraum hinaus, so ergibt sich eine Verschiebung des Haushaltsausgleichs um 2 Jahre auf das Jahr 2032, was zwar immer noch im gesetzlich vorgeschriebenen 10-Jahres-Zeitraum liegt, aber nicht wirklich zufriedenstellend ist. Im Rahmen der Haushaltsberatungen wird die Verwaltung den Versuch unternehmen, weitere Verbesserungen vorzunehmen, um den Haushaltsausgleich in 2031 zu erreichen.

Dem Rat und den Oberhausener Einwohner*innen sollte bewusst sein, dass wir mit dem Ergebnishaushalt sämtliche Leistungen der Stadt, alle Angebote und Dienstleistungen für Menschen in unserer Stadt sicherstellen. Eine Reduzierung dieser Leistungen ist nur bis zu einem gewissen Grad möglich. Es sprechen sowohl rechtliche Gründe wie auch gesellschaftspolitische Erwägungen dagegen unsere Leistungen völlig abzubauen, deshalb müssen wir die Finanzierung dieser Leistungen für die Zukunft sicherstellen. Viele dieser Leistungen beruhen auf rechtlichen Verpflichtungen, wie Kindertagesstätten, offener Ganztags in den Grundschulen, die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen, die Unterkunftskosten für Bürgergeldempfänger*innen, Hilfen für Kinder, Jugendliche und ihre Familien, die alle nicht ausreichend vom Bundes- und Landesgesetzgeber finanziert werden und die Kommunen massiv finanziell belasten.

Andere wiederum sind für das Sicherheitsbedürfnis unserer Einwohner*innen oder aber auch für die sozialen Verhältnisse und die Lebensqualität vor Ort dringend erforderlich. Auch wenn sie nicht rechtlich vorgeschrieben sind, gehören sie zur kommunalen Daseinsvorsorge dringend dazu und sind Teil der grundgesetzlich verankerten kommunalen Selbstverwaltung.

Wieder andere werden dringend benötigt, um die Herausforderungen der Zukunft wie den digitalen Wandel oder die Herausforderungen des Klimawandels bewältigen zu können.

2.5. Die Investitionen im Haushalt 2025

Neben der Finanzierung der Dienstleistungen ist die Sicherstellung der örtlichen Infrastruktur eine wesentliche Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge. Ohne die öffentliche Infrastruktur kann das Leben in der Kommune nicht funktionieren. Ohne öffentliche Gebäude keine Dienstleistungen, kein Schulunterricht, keine Unterbringung in städtischen Kitas. Ebenso könnten Sport und Kultur nicht wirklich stattfinden. Die Sicherstellung der Mobilität ist wichtig für die Wirtschaft und das Zusammenleben in der Stadt und der Region. Die öffentliche Infrastruktur in der Kommune ist abhängig von der Investitionsfähigkeit der Stadt und damit von den finanziellen Möglichkeiten.

Im vorliegenden Haushaltsentwurf wird ein Investitionsvolumen von ca. 150 Mio. € geplant. Damit sind alle Investitionen aufgenommen worden, die von der Fachverwaltung angemeldet wurden. Um dieses zu verwirklichen, benötigen wir eine Neuverschuldung von 87,5 Mio. €. Der Landesgesetzgeber hat in der Gemeindeordnung den Kommunen die Möglichkeit eröffnet, für die gesetzlich verpflichtenden Bereiche Investitionskredite aufnehmen zu können. Aus diesem Grund haben wir die angemeldeten Investitionsbedarfe in Sonderpakete unterteilt. Im Sonderpaket 1 sind sämtliche pflichtigen Maßnahmen wie Schul- und Kita-Investitionen aber auch Feuerwehrinvestitionen und verkehrstechnische Anlagen. Im Sonderpaket 2 sind die Maßnahmen, die sich refinanzieren insbesondere durch Gebühren und im dritten Paket Maßnahmen zur Gefahrenabwehr, wie die Deichsanierung. Die drei Sonderpakete machen insgesamt 88,4 Mio. € aus. Damit ist die Neuverschuldung geringer als dieses Investitionsvolumen. Der Rest wird aus eigenen Mitteln finanziert, was die Genehmigungsfähigkeit der Investitionen sicherstellen sollte.

Dennoch gibt es ein massives Problem, was unseren Bedarf an Investitionen betrifft. In den nächsten 5 Jahren benötigen wir eine Investitionssumme von zusätzlich fast 900 Mio. €. Davon werden ca. 400 Mio. € für den Schulbereich benötigt und 330 Mio. € für Straßen, Brücken und andere Mobilitätsinvestitionen. Also alles Dinge, die dringend erforderlich sind aber größtenteils durch neue Schulden finanziert werden müssen, da wir die benötigten Mittel nicht aufbringen können und es kaum finanzielle Unterstützung dafür von Seiten des Landes gibt.



Investitionskredite 2014-2028, 2014-2023 Rechnungsergebnisse, 2024-2028 Planzahlen, Bereich 1-1, 08.2024

Auch wenn es rechtlich möglich ist, diese notwendigen Investitionskredite aufzunehmen, erdrücken uns die notwendigen Zinslasten und die zu refinanzierenden Abschreibungen. Es würde zu einer jährlichen Belastung für diese Investitionen von 40 Mio. € jährlich für die nächsten 50 Jahre kommen, die erst mal erwirtschaftet werden müssen.

Ohne Verbesserung unserer finanziellen Rahmenbedingungen sind diese Investitionen nicht zu stemmen. Wir werden deshalb für die Umsetzung der erforderlichen Investitionsregelungen treffen müssen, um die Belastung kontrollierbar zu halten.

3. Schuldenentwicklung und Altschuldenlösung

Sowohl die allgemeine Haushaltslage wie auch die notwendige Finanzierung der Investitionen zeigt auf wie problematisch die Schuldenlage der Stadt sich entwickelt. Der massive Anstieg der Verschuldung ist ohne Veränderung der Rahmenbedingungen trotz Haushaltskonsolidierung nicht zu verhindern. In diesem Jahr werden wir aller Voraussicht nach die Schwellen über die 2 Mrd. € Gesamtverschuldung und auch die Pro-Kopf-Verschuldung von 10.000 € überschreiten.

Die hohe Verschuldung führt zur bereits dargestellten extrem steigenden Zinsbelastung und ohne Altschuldenlösung auf der einen und veränderten kommunalen Finanzierungsbedingungen auf der anderen Seite bleiben viele Kommunen – auch Oberhausen – in der Vergeblichkeitsfalle steigender Verschuldung gefangen und es wird keine Perspektive auf einigermaßen gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland und auch in NRW geben.

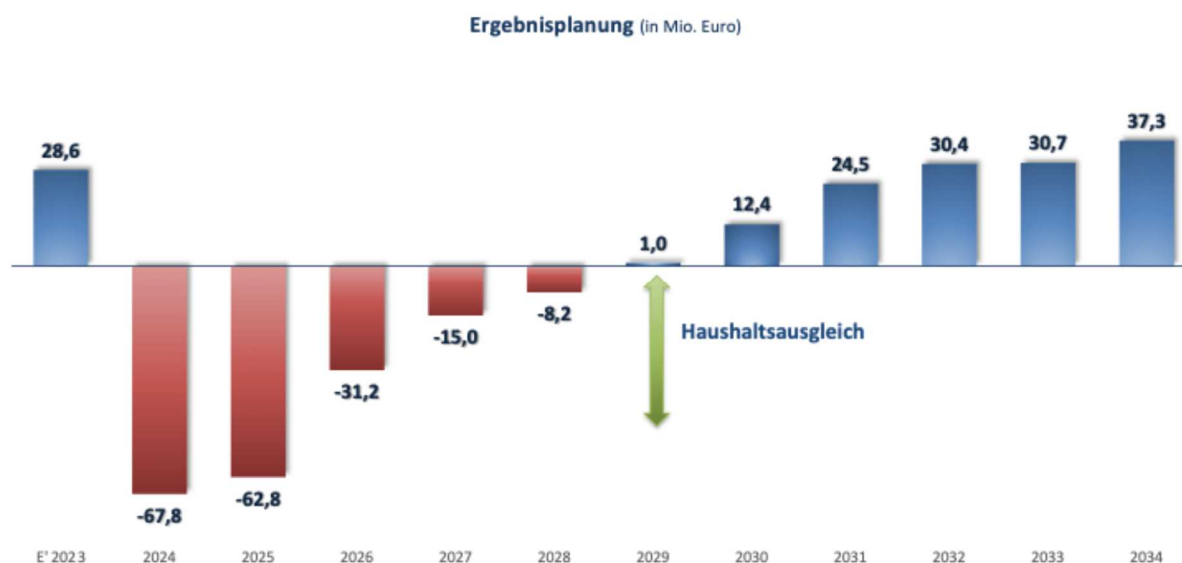
Besonders bemerkenswert ist es, dass auch die fehlende Finanzierung von Landes- und Bundesaufgaben ursächlich für die kommunale Verschuldung sind. Es drängt sich der Eindruck auf, dass Bund und Land versuchen die fehlenden Möglichkeiten der Neuverschuldung durch die Schuldenbremse dadurch zu umgehen, dass sie versuchen die Schulden den Kommunen aufzudrücken. Darauf deutet in NRW die Kombination aus Erlaubnis für pflichtige Bereiche, Schulden machen zu können und die Weigerung finanzielle Verantwortung für Landesaufgaben zu übernehmen.



Verschuldungsentwicklung 2013-2028, 2013-2023 Rechnungsergebnisse, 2024-2028 Planzahlen, Bereich 1-1, August 2024

Aktuell scheint es wieder Hoffnung auf eine Altschuldenlösung in NRW zu geben. Landesregierung und die kommunalen Spitzenverbände haben sich auf ein Eckpunktepapier geeinigt, dass zumindest die Absicht auf eine Lösung widerspiegelt aber noch keine Details beschreibt.

Sollten im Rahmen der Entschuldung die kommunalen Schulden in die Landesschuld übernommen werden, könnte die Zinsentlastung bei den Liquiditätskrediten zu einem Haushaltsausgleich im Jahr 2029 führen.



Mögliche Ergebnisplanung 2023-2034 nach einer Altschuldenlösung, 2023 Rechnungsergebnis, 2024-2034 Planzahlen auf Grundlage eigener Schätzungen, Dezernat 1, September 2024

Wer aber glaubt, dass durch eine Altschuldenlösung allein die Finanzkrise der Kommunen und Oberhausens im speziellen gelöst wird, der irrt sich gewaltig. Es gilt dabei zu berücksichtigen, dass die Landesregierung ein Neuverschuldungsverbot bei Umsetzung einer Altschuldenlösung beschlossen hat und dass neue Liquiditätskredite nach 3 Jahren getilgt werden müssen. Bei der aktuellen finanziellen Situation ist das für viele betroffenen Kommunen insbesondere für uns nicht möglich. Das bedeutet, dass auch im Falle der Altschuldenlösung von uns eine sehr restriktive Haushaltspolitik abverlangt werden wird.

Wenn man dazu noch die Belastungen hinzufügt, die aus den erforderlichen Investitionen der Zukunft hinzukommen, wird deutlich, dass selbst mit einer Altschuldenlösung eine Veränderung der Rahmenbedingungen für die kommunalen Finanzen dringend erforderlich ist, ohne sind die Zukunftsaussichten schwierig.

4. Zukunftsperspektiven sichern

Die Darstellung des Haushalts 2025 und die Beschreibung der zukünftigen finanziellen Herausforderungen für Oberhausen aber auch der anderen Kommunen macht deutlich, wie schwierig es wird unseren Aufgaben nachzukommen, die Funktionsfähigkeit des Staates vor Ort sicher zu stellen, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern

und Zukunftsperspektiven zu entwickeln. Nicht zuletzt um damit auch unsere Demokratie zu festigen. Dieser Drahtseilakt zwischen finanzieller Herausforderung und gesellschaftlicher Verantwortung wird nur erfolgreich sein, wenn es uns gelingt, die Ursachen für die finanzielle Not zu bekämpfen.

Die Folgen des Strukturwandels:

- geringe Wirtschaftskraft,
- hohe Arbeitslosigkeit,
- niedrige Kaufkraft und
- hohe Soziallasten

sind ursächlich für die finanziellen Probleme in unserer Stadt. Hinzu kommen die daraus entstandenen Altschulden mit der hohen Zinslast, von denen wir mit einer Altschuldenslösung befreit werden müssen.

Neben den Belastungen aus der Vergangenheit bedarf es einer besseren Finanzierung der Soziallasten und der notwendigen Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unserer Kommunen durch stärkere Beteiligung von Bund und Land. Außerdem brauchen wir weitere rechtliche Regelungen, die sicherstellen, dass Bund und Land die Kosten ihrer beschlossenen Gesetze selbst tragen und nicht den Kommunen aufdrücken.

Lassen Sie uns bei den nun folgenden Haushaltsberatungen die finanzielle Notlage ernst nehmen, die Ursachen für die Finanzkrise hier in Oberhausen angehen aber auch durch aktive Bemühungen in Berlin und Düsseldorf für bessere Finanzbedingungen eintreten und die Lebensbedingungen in und Zukunftsperspektiven für Oberhausen im Blick behalten.

Seien Sie sicher, dass sich der Stadtkämmerer und die gesamte Kämmerei als Ermöglicher und nicht als Verhinderer verstehen, auch wenn dies oft von einigen so vermittelt wird, vielleicht auch um etwas von der eigenen Verantwortung abzulenken. Für uns steht dabei aber nicht das kurzfristige politische Interesse im Mittelpunkt, sondern wir wollen die Handlungsfähigkeit unserer Stadt auch für die Zukunft sicherstellen und die Zukunftsperspektiven für die Menschen weiterentwickeln.